

Dresdner Volkszeitung

Verlagsanstalt: Verlag
Raben & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verleger: Dr. K. K. K. Dresden

Abonnementpreis mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1,50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4,50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich halbjährlich 7,10. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Erscheinung nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Erscheinung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Insertate werden die Tagespreise mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Verinsangelegenheiten. Inserate müssen bis spätestens 1/2 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 18

Dresden, Donnerstag den 23. Januar 1919.

30. Jahrg.

Das Auf und Ab der Streikbewegung.

Abflauende Lohnbewegungen

Der Streik der Berliner Elektrizitätsarbeiter ist beigelegt. Der Berliner Magistrat und die Streikenden waren übereingekommen, das Berliner Gewerbeamt als Einigungsamt anzurufen und, sofern dort ein Vergleich nicht möglich sein sollte, einen Schiedspruch des Gewerkschaftsentscheidungsorgans zu verlangen. Die Arbeiter verlangten für Heizer und Maschinenisten je Stunde 2,00 M., nach einem Jahre 2,75 M., für Handwerker und Revolveren 2,50 bis 3 M., für Schlichter und Hilfsarbeiter 2,50 bis 2,65 M., jugendliche Arbeiter und Frauen 1,85 bis 2 M. Außerdem sollen die heutigen Zuschläge für Nachtarbeit und Sonntagsarbeit von 25 bez. 50 Prozent bestehen bleiben. Alle Arbeiter sollen nach einem Jahre sieben Werktage, nach zweijähriger Tätigkeit vierzehn Tage Urlaub erhalten. — Das Einigungsamt nahm gestern vormittag unter dem Vorsitz des Magistratsrats a. S. Scholz seine vermittelnde Tätigkeit auf und kam nachmittags 6 Uhr nach achtsündiger Verhandlung zu Vergleichsvorschlägen, nach denen die Lohnsätze im allgemeinen um 10 Pf. hinter der geforderten Höhe zurückblieben. Die Vertreter beider Parteien nahmen die Vorschläge an. Der Chairman der Arbeiterkommission traf hierauf Anordnungen für die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit.

Infolge des Streiks in den Elektrizitätswerken mußten gestern viele hundert Betriebe, die von elektrischer Kraft abhängen, schließen. Die Geschäfte konnten erst am späten Vormittag infolge des frühen Beginns öffnen und mußten schon mit Ausnahme einiger großer Warenhäuser, am frühen Nachmittag schließen. Der Volkstempel hatte unter dem Streik ebenfalls sehr zu leiden, besonders die Passabeförderung, die sonst größtenteils durch Straßenbahnwagen erfolgt. Der gesamte Fernsprechtverkehr war gestoppt. Die Straßenbahn konnte nur auf einigen Strecken besetzt, die von nichtstreikenden Betrieben geleast wurden. Die Ernährung der Bevölkerung und der Krankenhäuser wurde durch den Streik ebenfalls in schwerer Weise betroffen. Auf den Straßen machten Händler mit Kerzen und Karbid glänzende Geschäfte.

Auch in Halle ist es durch Verhandlungen zwischen der Eisenbahndirektion und den streikenden Eisenbahnern zu einer Einigung gekommen. Der Beschluß der Streikenden, gleich dem Güter- und den Personenverkehr auf dem Bahnhof Halle zum Stillstand zu bringen, kam nicht zur Ausführung. Die von den Eisenbahnern verlangte Entlassung zweier Beamten, die sich angeblich Ungehörigkeiten bei der Lebensmittelverteilung hatten zuwenden lassen, wurde zugestanden. Es schweben noch weitere Verhandlungen nach der Richtung hin, den Arbeitern die beiden Streikstage zu vergüten. Der Streik ist gestern in vollem Umfange wieder aufgenommen worden.

Der Generalstreik in Braunschweig wurde nach dreitägiger Dauer beendet. Wie gestern nachmittag von der Streikleitung bekannt gemacht wurde, erhielt sie von der Regierung das Versprechen, daß man sich sofort mit der Reichsregierung in Verbindung gesetzt habe, um Ebert-Scheidemann zum Rücktritt zu bringen und dafür zu sorgen, daß eine wirklich sozialistische Regierung aus Berlin komme.

In Ruhrgebiet ist gestern, wie verschiedene Blätter melden, die Zahl der streikenden Vergleite auf annähernd 800 zurückgegangen. Aufständisch sind noch Polizeigebiete von 12 Städten, während auf sieben die Arbeit wieder aufgenommen wurde.

Auch in Oberschlesien bessert sich die Streiklage. Am Dienstagabend sind wieder viele Streikende eingetroffen. In der Hauptstadt ist der Streik als beendet anzusehen. Die Arbeiter sind durch die Sozialisierung überfrachtet worden. Der Verlagerungsstatus soll nun über ganz Oberschlesien ausgesprochen werden. Er hängt aber nicht mehr mit der Frage des Generalstreiks, sondern mit rein politischen Gefahren zusammen, wie den Loslösungsbestrebungen und der Volkshemstungelahr.

Arbeitslosenruhen in Hamburg.

Hamburg, 23. Januar. Gestern Abend erklärten Arbeitslose und Sozialisten vier Wochen der Hungerkassenruhe, bedingten sich die Gewerbe und dieier Maschinenarbeiter. Daran bin verhältnisse der Soldatenrat den Polizeiratsaufstand über die Stadt. Sämtliche Theater und öffentlichen Lokale sind so ort geschlossen worden. Von 8 Uhr abends an darf niemand auf der Straße sein. Straßenbahn, Stadtbahn und Stadibahn stellen den Betrieb ein. Am Hauptbahnhof wird lebhaft geschossen.

Streikdrohung der Bremer Ärzte.

Bremen, 23. Januar. Die Ärzte des Bremens einschließlich der in öffentlichen und privaten Anstalten sowie in den Krankenhäusern an Arbeit bei befristeten, ihre gesamte berufliche Tätigkeit einbringen, sobald durch politische Streiks der Verkehr in Bremen sowie die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, Kohlen, Gas, Elektrizität oder Wasser in gefährlicher Weise unterbrochen wird oder von der Regierung aus politischen Gründen Verhinderungen der öffentlichen Versorgung angeordnet oder zugelassen werden.

Vor der Nationalversammlung.

Der Entschluß der Volksbeauftragten, die Nationalversammlung auf den 6. Februar in das Nationaltheater nach Weimar zu berufen, ist in der Berliner Presse heftigen Auseinandersetzungen ausgesetzt. Man wird das dem Lokalpatriotismus nachsehen müssen, aber sachlich dürfte man gegenüber den ausgesprochen antiberliner Tendenzen, die augenblicklich in Süddeutschland, Rheinland und Schlesien vorwalten, der öffentlichen Meinung Deutschlands schon das Augenmaß nicht machen, daß die Nationalversammlung nicht in Berlin tagt. Zu Demonstrationen wird die Tatsache, daß die preussische Nationalversammlung und der Sitz der Regierung in Berlin bleiben, den Elementen, denen Demonstration das Lebenselement und der Sinn der ganzen Politik geworden sind, noch genug Raum bieten. Und die Nationalversammlung wird ironisch sein, wenn sie in Ruhe arbeiten kann und nicht aller Augenblicke eine Deputation, die nur sich selbst vertritt, abweisen muß.

Die Weimarer Nationalversammlung wird nicht lange zusammenbleiben. In ein paar Wochen, je rascher, desto besser, wird sie die neue deutsche Verfassung zu verabschieden haben. Dann sind der Präsident und die verfassungsgeschaffenden Körperschaften neu zu wählen. In der Verfassungsfrage wird es zwischen Sozialdemokraten und Deutschdemokraten keine unüberbrückbaren Meinungsverschiedenheiten geben. Die überhaupt ja kein vernünftiger Mensch daran denken kann, Deutschland auf einer andern Grundlage als auf der der reinen Demokratie wieder aufzubauen. Die Hauptfrage bei der neuen Reichsverfassung wird die geplante Auflösung des preussischen Staates sein. Das ist keine Frage, welche die Parteigründung und Parteifolge berührt. Ein bürgerlicher Demokrat aus Württemberg wird darüber vielleicht ganz anders denken als die sozialdemokratischen Mitglieder des preussischen Staatsministeriums, und die süddeutschen Genossen werden möglicherweise dem Standpunkt des schwäbischen Demokraten hierin näher stehen als dem der Groß-Prinzer Parteigenossen.

Die Nationalversammlung in Weimar wird keine sozialdemokratische Mehrheit haben. Aber da sie im wesentlichen nur eine politisch-demokratische, keine wirtschaftlich-sozialistische Aufgabe zu lösen hat, ist das Unglück nicht allzu groß. Die Deutsche Nationalversammlung wird insgesamt 421 Abgeordnete zählen, da Wahl-Vorhänge wegfällt. Die absolute Mehrheit beträgt also 211. Diese Zahl von Mandaten erreicht weder die Sozialdemokratie allein noch mit den unabhängigen Zusammengesetzten. Die Sozialdemokratie wird gegen 164 Abgeordnete in der Nationalversammlung zählen, die Unabhängigen 24. Der Rest der Sitze verteilt sich ziemlich gleichmäßig auf die Demokraten, das Zentrum und die rechtsstehenden Parteien. Mit den Demokraten zusammen wird die Sozialdemokratie jedenfalls über eine ganz beträchtliche absolute Mehrheit verfügen, und das wird genügen, um die Nationalversammlung arbeitsfähig zu erhalten und eine politisch brauchbare, echt demokratische Verfassung ohne allzulanges Zögern zu verabschieden. Am ehesten wird es sein, wenn bis zur Verabschiedung dieser Verfassung und bis zur Erledigung des ganzen Verfassungsprovisoriums die gegenwärtige Regierung im Umfange ihrer jetzigen Vollmachten die Geschäfte weiterführt. Es ist ja klar, daß bei 100 Abgeordneten sozialistischer Regierung dies vielfach gefährlicher und verwerflicher bürgerlichen Parteien gänzlich außerhande wären, von sich aus eine arbeitsfähige Regierung zu schaffen.

Der Sozialdemokratie fehlen keine vierzig Mandate an der absoluten Mehrheit. Da alle süddeutschen Staaten starke bürgerliche Mehrheiten aufweisen, wäre es sehr wohl möglich, daß die preussische Nationalversammlung eine rein sozialistische Mehrheit erhält. Ohne das von den unabhängigen demokratischen Kreisen der Spartakisten wären die 20 fehlenden sozialdemokratischen Mandate auch bei den Wahlen zur Nationalversammlung spielend leicht heranzubekommen gewesen. Das bestätigt ein Blick auf Berlin, wo im Gegensatz zum ganzen übrigen Reich die rechtsparteiliche Gegenrevolution verhältnismäßig einen sehr großen Erfolg davongetragen hat. Der Volkswutismus ist nicht nur selbst konterrevolutionär, indem er die durch die Revolution erzwungenen Freiheiten wieder vernichtet, sondern auch die Vorurteile der bisher ihm folgenden militärisch-faschistischen Reaktion. In Deutschland haben wir ihn aber wenigstens vorläufig gründlich überwinden und dadurch den Weg zu weiteren großartigem Aufsteigen der Arbeiterklasse frei gemacht. Schon bei den preussischen Nationalwahlen am kommenden Sonntag wird der sozialistische Schwarm nicht mehr so wirken, wie er bei den Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung gewirkt hat, und so können wir denn jetzt in die neue Wahlenblick ziehen.

Berlin, 23. Januar. Das Endergebnis aus den Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung nach dem Abschluß der Reichstagen stellt sich folgendermaßen: In den 37 Wahlkreisen mit 421 Abgeordneten haben erstanden:

Die internationale Volkspartei	34
Die deutsche Volkspartei	88
Die deutsche Volkspartei	23
Die deutsche Demokratische Partei	77
Sozialdemokratische Partei	164
Unabhängige sozialdemokratische Partei	24

ferner sind 11 Fraktionslose gewählt, die sich zusammensetzen aus:

- 4 Welfen (3 in Hannover, 1 in Elbe),
- 1 Bauern- u. Arbeiter-Demokrat in Schleswig-Holstein,
- 4 bayerische Bauernbündler,
- 2 Vertreter des württembergischen Bauern- u. Bürgerbundes.

Der polnische Terror.

Die preussische Regierung hat folgendes Telegramm an den obersten polnischen Vorkommando in Posen gerichtet: Das Generalkommando in Frankfurt a. O. hat uns ein Telegramm des polnischen Vorkommandos betreffend Geiseln und Repressalienpolizei übermittelt. Wir weisen den Vorwurf unannehmlicher Behandlung seitens unserer Organe als unbewiesen zurück, erheben aber auf Grund zuverlässigen Tatsachenmaterials gegen die polnischen Organe die schwere Anklage nicht nur unannehmlicher Behandlung, sondern sogar mehrfacher grausamster Mordtaten. Insbesondere liegen uns Nachrichten über die Ermordung des Gutbesizers von Raza und 6 anderer Gutbesizer im Kernwerk Posen vor. Wir machen alle Beteiligten für widerrechtliche Schädigungen, die deutsche Staatsangehörige an Leib, Leben oder Eigentum erleiden, persönlich haftbar. In der Erwartung, daß dorther gleichmäßig vorgegangen wird, haben wir an unsere Organe Weisung erteilt, daß ein Verzeichnis sämtlicher bisher festgesetzten Geiseln einzureichen ist. Wir sind zu Verhandlungen über beiderseitige Freilassung aller Geiseln bereit. Wir legen zu nächst der Einreichung eines Verzeichnisses der von polnischer Seite festgesetzten Geiseln entgegen. gez. Dirck.

Die Polen rücken weiter.

Polen, 22. Januar. Durch eine Verfügung des obersten polnischen Vorkommandos werden sämtliche den Jahrgängen 1897 bis 1899 angehörenden Polen aufgefordert, sich zum aktiven Militärdienst zu stellen.

Der Offizier.

Nach dem Lokalanzeiger wird das Große Hauptquartier bereits am 24. Januar nach Kolberg verlegt werden. Zwei Armeeoberkommandos werden den Stützpunkt der Offiziere übernehmen: Das A. O. Nord in Königsberg, das demnach in eine kleinere Nachbarschaft verlegt werden dürfte und das A. O. Süd in Breslau, das nach Sagan verlegt wird. Oberbefehlshaber im Norden ist General der Infanterie Otto v. Below, sein Generalkommandeur General der Infanterie Leo v. Serck. Im Süden Generalkommandeur General der Infanterie v. Bohren, sein Generalkommandeur General v. Bohren. Dem nördlichen A. O. wird das 10. A. O. (v. Falkenberg) unterstellt, das bis jetzt in Wilna war und jetzt in Grodno ist.

Die unerträglichen wirtschaftlichen Verhältnisse.

Am der Kabinettssitzung vom Mittwoch haben sämtliche Staatssekretäre, verschiedene andere hohe Reichsbeamte, die Oberste Gerichtsbarkeit, vertreten durch General Groener, und die Reichsbank, vertreten durch Herrn von Wakenapp, teilgenommen. Die Sitzung diente einer allgemeinen Besprechung der gesamten politischen und wirtschaftlichen Lage, mußte wegen Wichtigkeit der Angelegenheiten aufgehoben werden und wird heute fortgesetzt. Es wurden insbesondere besprochen die Fragen der Finanzwirtschaft, des Verkehrs, der Rohenerzeugung und der Arbeitslosigkeit. Einmütig wurde der jetzige Zustand als unannehmlich und eine recht rasche Wendeung als Vorbedingung der wirtschaftlichen Aufrechterhaltung Deutschlands bezeichnet. In den Städten häufen sich die Arbeitslosen an, während auf dem Lande und in den Bergwerken die Arbeitskräfte fehlen und die Produktion durch Mangel an Arbeitskräften stagniert. Dieser Zustand bedarf dringender Abhilfe. Es ist zu erwarten, daß das Kabinett schon in der nächsten Zeit nach den Geboten der Rohenerzeugung handeln wird.

Der Zusammenbruch der Kohlenwirtschaft.

In den letzten vierzehn Tagen hat sich die Lage unter Kohlenbergwerkern unheimlich verschärft. Im Ruhrgebiet hat die Abgabe des rotierenden Materials, insbesondere der Kohlenminen, an die Ostente die Wasserversorgung noch weiter vermindert. Die Befüllung beträgt zur Zeit 10000 Wagen arbeitsfähig gegen eine normale Befüllung von 24000 Wagen während des Friedens. In Oberschlesien ist die Zahl der täglich verladenden Wagen ebenfalls in der letzten Zeit infolge der Streiks und der unannehmlichen Verhältnisse in erschreckendem Maße gesunken. Am 20. Januar hielt sich die Befüllung so, nur unter 2000 Wagen gegenüber 10000 bis 20000 arbeitsfähig im Frieden und 5000 in den letzten Wochen. Die gesamte Befüllung der Dampflokzentrale, die normal etwa 50000 täglich betragen, war im Dezember 1918 auf nur 20000 Wagen, in den ersten Januar Tagen auf 10000 Wagen gefallen. Diese Zahlen charakterisieren die Lage am besten. Während im Ruhrgebiet unter der Führung des Landesherrn, daß die Eisenbahn in letzter Zeit die Kohlenmenge nicht länger voll abholen konnte, sich mögliche Vorkräufe erheben haben, sind heute in Oberschlesien so gut wie keine Vorkräufe vorhanden.